

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 20408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 0386846 ppbn d



Inhalt

Karsten Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, verurteilt die Annexion der Golan-Höhen: Gefährdung des Friedens.

Seite 1

Axel Wernitz MdB zeigt die Grenzen der Befugnisse des Vermittlungsausschusses auf: Kein Ersatzparlament.

Seite 2

Manfred Schmidt MdB hält den Regierungsentwurf zur Bekämpfung der Neonazis für verbesserungsbedürftig: Eine absolut unzureichende Antwort.

Seite 3

Wilhelm Stöckl MdB zitiert ernsthafte Befürworter einer Erhöhung der Mineralölsteuer.

Seite 4

Dokumentation:
Jugoslawien nach Tito.
(Teil III und Schluß)

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 239

15. Dezember 1981

Gefährdung des Friedens

Die Annexion der Golan-Höhen ist zu verurteilen

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Mit großer Betroffenheit, ja mit Bestürzung, nahm ich von der israelischen Annexion der Golan-Höhen Kenntnis und verurteile dies.

Der Sache des Friedens im Nahen Osten wurde damit ein schlechter Dienst erwiesen.

Den Freunden Israels, die für das Recht Israels, in anerkannten sicheren Grenzen zu leben, eintreten, wird es dadurch schwerer als bisher gemacht, weiterhin Verständnis für die israelische Politik in Wort und Tat zu bekunden.

Sozialdemokraten haben an der Bewahrung des Friedens im Nahen Osten ein vitales Interesse. Die Annexion der Golan-Höhen - während sich gleichzeitig die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Polen konzentriert - stellt eine Gefährdung des Friedens in einem weltpolitischen Spannungsgebiet dar.

Dem Frieden im Nahen Osten kann man nur näherkommen, wenn auf jegliche Annexionen verzichtet wird und die Lebensrechte der in dieser Region lebenden Völker respektiert werden.

(-/15.12.1981/ks/ca)

+ + +

Kein Ersatzparlament

Grenzen für die Befugnisse des Vermittlungsausschusses

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Das Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat hat ein sachlich-politisches Ergebnis erbracht, das man akzeptieren muß. Unabhängig davon muß aber ein Problem diskutiert und für die Zukunft geklärt beziehungsweise gelöst werden, das mit dem jetzt abgeschlossenen Vermittlungsverfahren aufgetreten ist. Konkret geht es um die Frage nach den Grenzen für die Befugnisse des Vermittlungsausschusses. Im Kern wird damit die Frage nach dem Selbstverständnis und der Qualität unserer parlamentarischen Demokratie aufgeworfen.

Aktueller Anlaß für diese Diskussion ist die Tatsache, daß der Vermittlungsausschuß in seine Beschlußempfehlungen unter Artikel 26a unter dem Titel "Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung und der Mietverzerrung im Wohnungswesen" auf insgesamt zwanzig Seiten einen kompletten Gesetzentwurf einbezogen hat. Er ist damit eindeutig und massiv über den Rahmen der anstehenden Vermittlungsmaterie hinausgegangen. Zu beachten ist dabei insbesondere, daß sich einschlägige Gesetzentwürfe derzeit in den zuständigen Fachausschüssen des Bundestages zur Beratung befinden. Im Klartext bedeutet dies, daß der fragliche Gesetzentwurf ohne ordentliches parlamentarisches Verfahren und faktisch über das Parlament hinweg im Vermittlungsausschuß festgelegt wurde. Dem Parlament blieb nur die Wahl der Zustimmung oder Ablehnung der Beschlußempfehlung insgesamt.

Eine derartige Praxis ist sowohl verfassungsrechtlich als auch verfassungspolitisch bedenklich. Es muß auf jeden Fall sichergestellt werden, daß dies ein absoluter Ausnahmefall bleibt; denn wer hier pragmatisch zu denken und zu handeln beginnt, würde am Ende auf weite Strecken faktisch ein mehr oder weniger anonymes Gremium, eben den Vermittlungsausschuß, an die Stelle des Parlaments setzen.

Für die Funktionsfähigkeit, das Selbstverständnis und die verfassungsmäßig vorgegebene Qualität unserer parlamentarischen Demokratie und damit für die Gesetzgebung wäre dies eine untragbare, inakzeptable Entwicklung und Situation. Das Alarm- und Warnsignal muß deshalb seitens des ganzen Parlaments jetzt unüberhörbar und eindeutig gegeben werden.

Für einschlägige Erörterungen des Problems innerhalb und außerhalb des Bundestages empfiehlt es sich, unter anderem auch die Argumente des langjährigen Direktors der Bundestagsverwaltung, Hans Trossmann, ins Gedächtnis zurückzurufen, der in seinem Buch "Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages" hierzu 1977 erklärt hat, daß der Vermittlungsausschuß dem Bundestag keinen neuen Gesetzentwurf als Einigungsvorschlag unterbreiten könne, denn dem Vermittlungsausschuß stehe keine Gesetzesinitiative zu. Und wörtlich: "Vor allem dürfen in den Einigungsvorschlag keine neuen und nicht mit dem Gesetz in materiellem Zusammenhang stehenden Änderungen aufgenommen werden." Mit anderen Worten: Aus einem Anrufungsbegehren kann für den Vermittlungsausschuß kein Freibrief für jegliche Änderung der Gesetzesbeschlüsse abgeleitet werden.

Vor dem Hintergrund der gegebenen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat mag da und dort die Versuchung groß sein, den Vermittlungsausschuß faktisch - wie im konkreten Fall des Artikel 26a geschehen - in eine Art Ersatzparlament umzufunktionieren.

Es muß deshalb unverzüglich nicht nur klargestellt werden, daß dies nicht beabsichtigt war. Entscheidend ist vielmehr, dafür zu sorgen, daß diese unbestreitbare Fehlentwicklung gestoppt wird. Jeder Versuch, die Rechte des Parlaments, und sei es auch mit noch so guten Absichten, faktisch zu beschneiden beziehungsweise zu unterlaufen, muß unterbleiben.
(-/15.12.1981/ks/ca)

+ + +



Eine absolut unzureichende Antwort

Der Regierungsentwurf zur Bekämpfung der Neonazis läßt zu wünschen übrig

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland steigt sprunghaft an. Im Jahre 1980 wurden 1.128 Ermittlungsverfahren gegen Neonazis eingeleitet und 465 Verurteilungen ausgesprochen. Im ersten Halbjahr 1981 waren es bereits 1.401 Ermittlungsverfahren und 289 Verurteilungen. Die Polizeiaktion in München, bei der es Tote und Verletzte gab, wirft ein grelles Schlaglicht auf diese Entwicklung.

Es ist dringend notwendig, den Neonazismus bereits im Vorfeld zu bekämpfen und zwar nicht nur durch eine verstärkte politische Auseinandersetzung mit den abstrusen und menschenfeindlichen Vorstellungen dieser Leute, sondern es ist auch notwendig, den geistigen Nährboden trockenzulegen, aus dem dieser Terrorismus ideologisch gespeist wird.

Bundesjustizminister Schmude hat einen Entwurf zur besseren strafrechtlichen Bekämpfung der Neonazis vorgelegt. Dieser Entwurf reicht aber nicht aus. Er unterbindet zwar die Einfuhr von NS-Material aus dem Ausland und erleichtert die Einbeziehung nationalsozialistischen Schrifttums, aber er sperrt die Verbreitung nationalsozialistischer Propagandaschriften, die vor Inkrafttreten des Grundgesetzes erschienen sind, aus. Wer also zum Beispiel Nachdrucke des nationalsozialistischen Hetzblattes "Der Stürmer" vertreibt, bleibt nach diesem Entwurf weiterhin straffrei.

Der Gesetzgeber wollte in der großen Strafrechtsreform 1975 bereits die Verbreitung solcher Schriften unter Strafe stellen. Der Bundesgerichtshof hat jedoch entschieden, daß der Gesetzgeber damals seinen Willen nicht deutlich genug im Gesetz zum Ausdruck gebracht habe und lehnte deshalb eine Bestrafung ab. Ein im Jahr 1980 von dem damaligen Justizminister Vogel vorgelegter Gesetzentwurf sah deshalb vor, das Strafgesetz so eindeutig zu fassen, daß auch die Verbreitung von vor 1949 erschienener nationalsozialistischer Schriften strafbar ist.

Wenn Minister Schmude zur Begründung seines Entwurfs behauptet, die Verbreitung von originären Nazischriften und Nazireden habe kaum Gewicht, stellt das eine Bagatellisierung dieses Problems dar. Im Justizministerium wird offenbar die Bedeutung der Hitler-, Himmler- und Göbbels-Reden sowie der Faksimile-Nachdrucke des "Stürmers" und des "Völkischen Beobachters" innerhalb der rechtsradikalen Propaganda verkannt. Es ist daher dringend erforderlich, daß auch die Verbreitung dieser Schriften unter Strafe gestellt wird.

Schriften mit nationalsozialistischem Inhalt finden in neuerer Zeit erheblichen Absatz. Dabei treten verstärkt Schriften in den Vordergrund, die das NS-Regime und seine Greuel-taten verherrlichen oder verharmlosen. Ich erinnere nur an die infame Behauptung, im Dritten Reich seien keine Juden vergast worden. Derartige Äußerungen sind derzeit mit den Mitteln des Strafrechts nicht ausreichend verfolgbar. Der Schmude-Entwurf versucht sie durch eine Ausweitung des Paragraphen 140 Strafgesetzbuch zu erfassen, ohne im Gesetzestext klarzustellen - wie dies beim Vogel-Entwurf der Fall war - daß diese Bestimmung die Bekämpfung des Neonazismus zum Inhalt habe.

Angesichts des Anwachsens des Neonazismus und des Terrorismus von rechts stellt der jetzt vorliegende Entwurf eine absolut unzureichende Antwort dar. Alle Fraktionen des Bundestages sollten bemüht sein; zu erreichen; daß mindestens das verabschiedet wird, was unter Hans-Jochen Vogel als Strafrechtsänderungsmaßnahme gegen den Neonazismus beachsichtigt war.



Mineralölsteuer - einmal anders

Es gibt auch ernsthafte Befürworter einer Erhöhung

Von Wilhelm Stöckl MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Als im Frühjahr 1981 die Mineralölsteuer um sieben Pfennig für Benzin und um drei Pfennig für Diesel angehoben wurde, gab es in der Republik allerorten erregte Diskussionen, genauer gesagt, es gab massive Kritik an dieser Maßnahme. Geringer wäre die Ablehnung gewesen, wenn es gleichzeitig für die Pendler mit weiten Fahrstrecken eine steuerliche Entlastung gegeben hätte.

Nun hat die Gesellschaft für rationale Verkehrspolitik e.V. (GVR), ein Mitglied des Deutschen Naturschutzringes, nachdrücklich die Forderung erhoben, die Mineralölsteuer um 20 Pfennig pro Liter zu erhöhen. Aus der Begründung sind verschiedene Feststellungen interessant.

Zuerst einmal stellt die GVR fest, daß auch ein Literpreis von 1,70 DM in Deutschland immer noch unter den mittleren Preisen in Belgien (1,91), Italien (1,87), Dänemark (1,61), Frankreich (1,73) und England (1,71) liegen würde. Ferner wird in dem Antrag festgestellt, daß

- die Kraftfahrzeugsteuer trotz des ständigen Geldwertschwunds nicht erhöht worden ist,
- daß in dieser Zeit die Mineralölsteuererhöhungen weit unterhalb der Geldentwertungsraten lagen und
- daß es im Bereich des Verkehrs nach wie vor extreme Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Schiene infolge Nichtbelastung des Straßenverkehrs mit den riesigen sozialen Folgekosten gibt.

Mit der Mineralölsteuererhöhung könnte auch unsere Energie- und Außenhandelsbilanz verbessert werden. Dies ist sehr wohl von größter Bedeutung, wenn man bedenkt, daß 1980 unser Energieaußenhandel mit einem Minus von 64 Milliarden DM abgeschlossen hat (hauptsächlich wegen der Öleinfuhren). Gleichzeitig ergäben sich gerechtere Wettbewerbsverhältnisse zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern (bisher zum Beispiel Nachteile der Bundesbahn) und die erhöhten Steuereinnahmen könnten helfen, den Bundeshaushalt auszugleichen. Die GVR rechnet bei einer Erhöhung um 20 Pfennig mit einem Verbrauchsrückgang um drei Prozent; trotzdem ergäbe sich ein Steuerertrag von acht Milliarden DM.

Soweit in Kürze die Forderungen und die Begründungen der "Gesellschaft für rationale Verkehrspolitik". Dieser Vorstoß soll hier nicht kommentiert werden. Die geäußerten Gedanken können nicht aus der Diskussion herausgehalten werden und deshalb sollen diese Überlegungen hier dargestellt werden. Um Mißverständnisse vorzubeugen sei festgestellt, daß sich dahinter nicht Überlegungen des Finanzministers, das heißt der Regierung, verbergen. Manche der Feststellungen lassen aber Zweifel aufkommen an dem Slogan "Die Autofahrer sind die Melkkuh der Nation", der hin und wieder in Illustrierten und Autozeitschriften als Schlagzeile auftaucht. Als Parlamentarier aus einem strukturschwachen Flächenwahlkreis könnte man sich vorstellen, daß aus den beabsichtigten Mehreinnahmen eine Hilfe für die Pendler finanziert werden könnte. (-/15.12.1981/bgy/ca)

+ +



D O K U M E N T A T I O N

In einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Stane Dolanc, Mitglied des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, vor kurzem die Situation seines Landes nach dem Tod des Staatsgründers Tito dargelegt. Wir dokumentieren das Referat in mehreren Teilen. (Teil III und Schluß)

Jugoslawien nach Tito

4. Unter unseren Bedingungen und Verhältnissen bedeutet die Selbstverwaltung zu gleicher Zeit auch die stärkste Sicherung der Freiheit und Gleichberechtigung der Völker und Nationalitäten. Sie sichert einer jeden Nation nicht nur die politische und kulturelle Freiheit, sondern auch die wirtschaftliche Selbständigkeit. Sie sichert einer jeden Nation eine auf Selbstverwaltung beruhende Selbständigkeit in der Arbeit und die Verfügungsgewalt über die Arbeitsergebnisse beziehungsweise den Aufbau der materiellen Basis für die Entwicklung der eigenen Kultur und Zivilisation, natürlich in einer gleichberechtigten gegenseitigen Abhängigkeit und Verantwortlichkeit gegenüber den anderen Völkern, die in dem selben politischen und wirtschaftlichen Raum leben. Gerade diese nationale wirtschaftliche Selbständigkeit ist eine der wesentlichen Komponenten der Sicherung der Freiheit eines Volkes und genau so wie die politische und kulturelle Selbständigkeit ein Bestandteil der Lösung der nationalen Frage. Die vergangenen Jahrzehnte der Gemeinsamkeit der jugoslawischen sozialistischen Gesellschaft haben bestätigt, daß gerade eine solche auf Selbstverwaltung beruhende Selbständigkeit unserer Völker und Nationalitäten die Bewegungskraft auch für die Stärkung der gleichberechtigten gegenseitigen Verantwortlichkeit für das gemeinsame Leben ist, weil sich alle Völker und Nationalitäten dessen bewußt sind, daß nur ein solches gesellschaftlich-politisches und gesellschaftlich-wirtschaftliches System ihre nationale und soziale Entwicklung garantiert.

Selbstverständlich sind wir auch auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen den Nationen nicht frei von Problemen und Schwierigkeiten. Wenn ich das sage, meine ich vor allem die unlängst geschehenen Ereignisse auf dem Kossowo-Gebiet. Obwohl sich erwies, daß die Ereignisse auf dem Kossowo-Gebiet auch ein Bestandteil des insgesamten Angriffes verschiedener Kräfte auf die Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sind, analysieren wir die entstandene Situation sehr ernsthaft und suchen die Ursachen vor allem bei uns selbst.

Vor acht Monaten, wie Ihnen bekannt ist, kam es in dem autonomen Gebiet Kossowo zu feindlichen Demonstrationen, die wir in Jugoslawien als Konterrevolution qualifiziert haben. Jugoslawien war dort nicht Forderungen gegenübergestellt, reale gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Probleme, die mit den Rechten der albanischen Nationalität in Jugoslawien, mit ihrer Gleichberechtigung verbunden ist, zu lösen. Wir waren reaktionären und konterrevolutionären Bestrebungen gegenübergestellt, die ganze Entwicklung Kossowos und Jugoslawiens gewaltsam rückläufig zur historischen Richtung zu drehen. Nationalistische und irredentistische Kräfte versuchten gewaltsam, im Namen des albanischen nationalistischen Ideals, Aufstand und Abspaltung von Jugoslawien aufzudrängen. Deshalb konnte es für uns kein Zaudern hinsichtlich der Bewertung des Charakters der Ereignisse geben.

Das Gebiet Kossowo ist ein Bestandteil der Sozialistischen Republik Serbien. Es leben da eine Million fünfhundertvierundachtzigtausendfünfhundertachtundfünfzig (1.584.558) Einwohner, davon Albaner eine Million zweihundertsiebenundzwanzigtausendvierhundertvierundzwanzig (1.227.424), Serben zweihundertneuntausendsiebenhundertzweiundneunzig (209.792), Montenegriener sechszwanzigtausendachthundertfünfundsiebzig (26.875), Türken zwölftausendfünfhundertachtundsiebzig (12.578) und eine kleinere Anzahl von Einwohnern anderer Nationalität. Eine gewisse Anzahl von Albanern lebt auch in anderen Teilen Serbiens, weiterhin in Montenegro und Mazedonien.

Die Rückständigkeit des Gebietes Kossowo in wirtschaftlicher Hinsicht war im Jahre neunzehnhundertsiebenundvierzig gewaltig. Die Landwirtschaft, von der über achtzig Prozent der Bevölkerung lebte, war von naturalem Typus, mit winzigem Grundbesitz und



primitiven Arbeitsmitteln; die Industrie bestand, außer dem Blei- und Zinkbergwerk "Trepça", aus einigen Mühlen, Ziegelbrennereien und anderen sehr kleinen Werken. Es gab keinen Kilometer moderner Straßen. Das Gesundheitswesen war enorm rückständig und nur sechs Prozent der Bevölkerung konnte schreiben und lesen.

Mit der Entwicklung Kossowos nach dem Krieg wurden bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Im Jahr neunzehnhundertneunundsiebzig wurde die Industrie die führende Tätigkeit innerhalb der wirtschaftlichen Struktur; sie wurde nach dem Krieg um das achtzehnfache vergrößert. Der Teil der landwirtschaftlichen an der Gesamtbevölkerung fiel von achtzig Komma neun Prozent (neunzehnhundertachtundvierzig) auf sechsunddreißig Prozent (im Jahre neunzehnhunderteinundachtzig). Obwohl sich die Anzahl der Beschäftigten ungefähr auf das fünffache vergrößert hat, war der Prozeß der Urbanisierung so heftig, daß die Wirtschaft einen so großen Überschuß an Arbeitskraft nicht absorbieren konnte, insbesondere mit Rücksicht auf die Tatsache der starken Vergrößerung der Bevölkerung (um drei Prozent). Heute leben auf dem Kossowo-Gebiet mehr Studenten (achtundvierzigtausend) als es vor dem Krieg Schüler in den niederen Klassen der Volksschulen gab. Eine Universität in albanischer Sprache und eine Akademie der Wissenschaften wurde gegründet. Die nationale Zusammensetzung der Studenten ist der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung ähnlich (einundsiebzig Prozent der Studenten sind Albaner im Vergleich zu achtundsiebzig Prozent der albanischen Nationalität der Bevölkerung). Es gibt Rundfunk und Fernsehen in albanischer Sprache, Theater, Presse, eine reiche Verlagstätigkeit.

Das Gebiet genießt eine besondere Behandlung hinsichtlich der wirtschaftlich rückständigen Regionen. Der Anteil von Kossowo am Fonds der Föderation für Entwicklungsregionen beträgt fünfundvierzig Prozent. Im Zeitraum neunzehnhunderteinundachtzig bis neunzehnhundertfünfundachtzig wird dieser Anteil noch vergrößert werden.

Die grundlegenden Losungen waren "Kossowo-Republik", "Vereinigung" (Vereinigung mit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien) und ähnliche. Die gedachte albanische Republik in Jugoslawien sollte, wie es im Programm der Irredentisten stand, ein Staat "des albanischen Volkes in Jugoslawien sein, das bisher zersplittert und kolonisiert war". Sie würde eine "Vereinigung der albanischen Regionen in eine nationale Gesamtheit" durchführen. Geplant war die Gründung einer "Albanischen Republik" auf einer solchen "Diktatur des Proletariats", die sich der Selbstverwaltung widersetzen würde. Deshalb war vorgesehen, sich auf die Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zu stützen und in Jugoslawien "Basen und Komitees der Diktatur des Proletariats" zu schaffen. In dieser Republik sollte außer dem persönlichen nur noch die staatliche Form des Eigentums bestehen, so wie es die stalinistische Konzeption in Albanien versteht. Die Landwirtschaft würde vollkommen kollektivisiert werden. Die Integration der "albanischen Wirtschaft" (gemeint war die Wirtschaft im Gebiet Kossowo) mit der Wirtschaft in anderen Republiken innerhalb der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und außerhalb derselben würde aufgehoben werden. Die Wirtschaft würde der Weltwirtschaft gegenüber im Sinne der albanischen Abgeschlossenheit und Isolation unabhängig sein. Die Religionen und die Existenz von religiösen Institutionen würden verboten. Geschaffen werden sollte die sogenannte "Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei der Albaner in Jugoslawien". Ihre Mitglieder könnten nur Angehörige des albanischen Volkes sein. Die Albanische Kommunistische Partei in Jugoslawien würde zur sogenannten "marxistisch-leninistischen Weltbewegung" gehören. Es würde eine "albanische rote Armee" gegründet werden. Diese Ziele sollten "wenn nötig auch durch eine bewaffnete Revolution" verwirklicht werden.

Der Sinn dieser Forderungen ist durch den Standpunkt ausgedrückt, daß die nationale Frage in Jugoslawien angeblich nur durch die Stürzung der sozialistischen Selbstverwaltung als "kapitalistischer Theorie und Praxis", wie es Enver Hodscha neunzehnhundertachtund-siebzig nannte, zu lösen sein.

Das erste und fundamentalste Ziel dieser irredentistischen Konzeption ist die Stürzung der sozialistischen, auf Selbstverwaltung beruhenden Ordnung in Jugoslawien. Augenscheinlich wäre diese proklamierte "Republik" eine antihistorische Machenschaft des bürokratischen Etatismus, einer rückständigen Art des Stalinismus, eines primitiven Agrarkommunismus und Egalitarismus.

Die Forderung, einen neuen Staat zu schaffen, der auf "rein ethnischer Grundlage" alle Albaner in Jugoslawien versammeln und territorial vereinigen würde (was auch Enver



Hodscha auf dem unlängst stattgefundenen Parteitag der Albanischen Partei der Arbeit wiederholte), wäre in der heutigen Welt mehrhaft reaktionär und undenkbar. Als erste Folge hätte dies die künstliche Aufteilung und gewaltsame Zerreißung von historisch entstandenen gesellschaftlichen Gemeinschaften und Gebieten, auf denen jahrhundertlang Teile mehrerer Völker, Angehörige einer größeren Anzahl von Nationalitäten leben. Eine solche gewaltsame Aufteilung würde die größten Errungenschaften des gemeinsamen Lebens zerstören. Diese Aufteilung würde zu Isolationen und Abkapselungen auf nationalistischer Grundlage sowie auch zu gewaltsamen Umsiedlungen von Angehörigen einzelner Völker und Nationalitäten führen.

Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, daß eine jede staatliche Organisation nach dem Prinzip der "ethnischen Reinheit" und strikt auf Grund einer nationalen Ausschließlichkeit im Gegensatz nicht nur zum Sozialismus, sondern auch den demokratischen Rechten und zeitgemäßen Bedürfnissen der Menschen wäre.

Die Konstituierung der albanischen Nationalität in einem besonderen Staat würde zur Schaffung von zwei Staaten desselben Volkes führen. Einige solcher "doppelten" Nationalstaaten sind als Folge des Zweiten Weltkrieges beziehungsweise der kriegerischen Konflikte und des Benehmens der hegemonistischen Mächte unter den Bedingungen des Kalten Krieges entstanden. Die Erfahrungen zeigen, daß durch ihre Existenz sehr schwere Gegensätze und Gefahren sowohl innerhalb der geteilten Nationen als auch innerhalb der internationalen Beziehungen entstehen. Die Logik der Existenz zweier Staaten eines und desselben Volkes zur Zeit der jetzigen Konfrontation der Mächte und Blöcke würde immer das Risiko des Bestrebens des einen Teils beinhalten, den anderen sich anzuschließen, ihn zu annektieren.

Das offizielle Tirana macht das irredentistische Programm "zurecht" und fordert die Gründung einer albanischen Republik beziehungsweise einer "Republik Kossowo" im Rahmen Jugoslawiens. Gleichzeitig fordert es eine Veränderung der jugoslawischen Verfassung, eine Umgestaltung der jugoslawischen Republiken. Also stellt sich das nationale Problem ausschließlich durch die "ethnische Reinheit" und hat als Folge der Forderung der Veränderung von heutigen Grenzen souveräner Staaten. Das würde auch die bestehenden Prinzipien der heutigen internationalen Beziehungen, wie das Prinzip der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, in Frage stellen, die durch die Charta der Vereinten Nationen und auf der Konferenz von Helsinki neunzehnhundertfünfundsiebzig angenommen wurden. Eine solche Politik würde direkt zu einer gefährlichen Verschärfung der internationalen Beziehungen führen, die die friedliche Entwicklung, die für ein jedes Volk so notwendig ist, bedrohen würde.

Das Problem der nationalen Minderheiten ist ein universales, weltweites Problem. Gemeinschaften von mehreren Nationen sind keine Seltenheit und kein Zufall. Sie sind nicht nur Folgen der Geschichte, von Kriegen, Umgestaltungen von Staaten und der Welt je nach den Interessen der stärksten Mächte in der Vergangenheit. Tiefere Gründe des Entstehens dieses Problems sind die immer massenhaftere einzelne und gruppenweise Migrationsbewegungen, die ein Ergebnis der Entwicklung der gesellschaftlichen und internationalen Arbeitsteilung sind, dieses fundamentalen Trends des Fortschritts der Menschheit.

Die albanische Nationalität auf dem Kossowo-Gebiet lebte jahrhundertlang und baute ihre Gemeinschaft mit anderen Völkern auf diesem Boden aus. Mit diesem Territorium, wo bis zum türkischen Ansturm im vierzehnten Jahrhundert das Zentrum des serbischen Staates des Mittelalters war, ist auch ein Teil der langen und gemeinsamen Geschichte, in der Albaner, Serben, Montenegriner, Türken und andere in gegenseitiger Toleranz lebten. Die albanische Nationalität auf dem Kossowo-Gebiet ist ein Mitschöpfer des neuen sozialistischen Jugoslawiens durch Kampf und Revolution. Sie hat alle Rechte, Verpflichtungen und Möglichkeiten an der Bestimmung ihres weiteren Schicksals und ihrer Entwicklung teilzunehmen.

Der größte Teil des albanischen Volkes auf dem Kossowo-Gebiet, ja sogar ein guter Teil derjenigen, die sich von nationalistischen Losungen verführen ließen, wünscht frei in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens zu leben und zu arbeiten, nicht aber, dem Extrem der Nationalisten und Irredentisten zu folgen, noch das auf Selbstverwaltung beruhende sozialistische System in Jugoslawien für ein fremdes, despotisches Regime einzutauschen.



Jugoslawien wünscht zu allen seinen Nachbarn die möglichst besten Beziehungen, damit die Nationalitäten wahrhaftig als Brücke dienen können, nicht aber Ursache für Konflikte werden. Das verwirklichen wir mit Österreich, Italien, Ungarn und Rumänien, und sind bestrebt und werden bestrebt sein, es auch mit Bulgarien und Albanien zu verwirklichen. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist, daß die Nachbarländer gegenseitig ihre Souveränität achten. Wenn diese gegenseitige Achtung der Souveränität, Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen nicht besteht, können die Nationalitäten keine Brücke der Zusammenarbeit sein.

Jugoslawien ist ein nichtpaktgebundenes Land und wird ein solches bleiben. Die Nichtpaktgebundenheit ist im Grunde genommen Ausdruck des authentischen Wesens unserer auf Selbstverwaltung beruhenden Gesellschaft, die Fortsetzung unserer Innenpolitik. Es liegt im Interesse aller unserer Völker und Nationalitäten, aller werktätigen Menschen, daß sie in Frieden ihre Zukunft bauen und daß auf der Welt Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit, Verständnis, gleichberechtigte internationale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit triumphieren. Unsere Außenpolitik ist auf eine offene und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen Ländern, ohne Rücksicht auf ihr gesellschaftliches System, ausgerichtet. Sie setzt sich für Entspannung und Stärkung des Friedens, für die Lösung von Krisenherden und strittigen internationalen Problemen auf dem Wege von Verhandlungen und eine aktive Solidarität mit dem Kampf unterjochter Völker für ihre Befreiung und ihre freie nationale Entwicklung ein.

Die Selbstverwaltung und die Nichtpaktgebundenheit machen also eine organische Einheit unserer Gesamtpolitik aus.

Jugoslawien ist wegen der heftigen Verschärfung der internationalen Situation und den kriegerischen Herden, die die Welt an den Rand des Abgrundes bringen können, tief besorgt. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Welt häufen sich an und verschärfen sich. Wir begrüßen die Anzeichen der Entspannung des bisher starken Wettbewerbes der Blöcke. Wir sind gegen die Lösung interantionaler Probleme von der Position der Gewalt aus, durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten einzelner Länder, Interventionen, Aufdrängung der eigenen Politik anderen und einer jeden Form des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckes.

Wir schließen die Augen vor der Tatsache nicht, daß Krisensituationen fast alle Gebiete des internationalen Lebens umfaßt haben. Deshalb vertreten wir die Meinung, daß die Politik der Nichtpaktgebundenheit in diesem Augenblick aktueller ist als jemals. Wir glauben, daß sich ohne Rücksicht auf die Probleme innerhalb dieser Bewegung, die zum guten Teil Folgen des Druckes auf die Nichtpaktgebundenen der einen wie der anderen Seite sind, die Politik der Nichtpaktgebundenheit nicht in einer Krise befindet.

Das hat, übrigens, auch die Ministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen im Februar dieses Jahres in New Delhi bewiesen, wo ein Konsens über eine Reihe von Fragen erreicht wurde, hinsichtlich derer die Standpunkte der einzelnen Länder bis dahin verschieden waren (Afghanistan, Kampuchea, Indischer Ozean und so weiter).

Wir sind auch heute Zeugen, daß in der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit ein verstärkter Widerstand der Politik, die die Verschärfung auf der Welt anspornt, zum Ausdruck kommt. Die nichtpaktgebundenen Länder äußern sich in diesem Sinne gegen den Wettbewerb der Blöcke, insbesondere auf krisenträchtigen Gebieten wie der Nahe Osten, der Süden Afrikas, die Karibik und so weiter.

Die verschärften Wirtschaftsprobleme auf der Welt werden für die Ausübung von Druck auf die nichtpaktgebundenen Länder und Entwicklungsländer auf der Linie des Interesses einmal des einen, ein anderes mal des anderen Blocks ausgenützt. So rechnen wir auch weiterhin mit dem Problem der Anwesenheit der Interessen der Großen hinsichtlich des Zustandes innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und ihrer Politik.

In der Bewegung existieren Gruppen, eine, die von der Position des sogenannten Radikalismus wirkt, und die andere, die gewissermaßen von der Position des Westens ausgehend das Konzept der Äquidistanz antreibt. Jedoch sind weder die eine noch die andere im Stande, den Charakter der Politik und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu verändern, noch die Tätigkeit der nichtpaktgebundenen Länder in die Funktion des einen oder anderen Blockes zu stellen. Die gewaltige Mehrheit der Nichtpaktgebundenen (die Bewegung hat zur Zeit



siebenundneunzig gleichberechtigte Mitglieder) ist sich der Tatsache bewußt, daß die derzeitige internationale Konstellation und der Zustand in der Bewegung noch mehr die Unentbehrlichkeit der Stärkung und Bewahrung der Solidarität zwischen den nichtpaktgebundenen Ländern hervorheben.

Die Vorbereitungen für die Siebente Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder, die, aufgrund des Beschlusses der Konferenz in Manvanna, im Irak stattfinden wird, sind voll im Gange. In offener Opposition zu der Gipfelkonferenz in Bagdad befindet sich vorläufig nur der Iran. Um es auch bei dieser Gelegenheit zu sagen, ist der Standpunkt Jugoslawiens ganz klar, denn wir wünschen, daß der Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran vor der Gipfelkonferenz beendet wird. Es werden wiederum Ideen angeregt, die Möglichkeit zu erörtern, daß auch einzelne progressive Parteien an den Treffen der nichtpaktgebundenen Länder teilnehmen, die Idee über die Verabschiedung einer Charta der Nichtpaktgebundenheit und so weiter, und so weiter.

Ganz gewiß ist es, daß sich, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten und Konflikte innerhalb der Bewegung, die grundlegenden Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit - die noch neunzehnhundertsechzig in Beograd angenommen wurden - über den Kampf für den Frieden, Unabhängigkeit, eine neue Weltwirtschaftsordnung, die aktive Koexistenz, Nichteinmischung und so weiter, immer mehr affinieren und daß deshalb die Bedeutung der Nichtpaktgebundenheit - die in der letzten Zeit immer mehr Anerkennungen sowohl vom Westen als auch vom Osten bekommt - immer stärker wird. Prioritäten dieser Politik werden sein: Die Behebung von Krisenherden und ein Beitrag für die Findung von dauerhaften und gerechten Lösungen auf der Grundlage der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Politik der Nichtpaktgebundenheit; Unterstützung der PLO und der SWAPO; Fortsetzung der Arbeit an der Verabschiedung einer Deklaration der Vereinten Nationen über das Verbot von Interventionen und Nichteinmischung; Intensivierung der Vorbereitungen für die zweite Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Abrüstung; Fortsetzung des Dialogs in Cancún, der den Beginn globaler Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung anregt; gemeinsame Aktion für friedliche Lösung der Streitfragen und Beendigung der Konflikte zwischen nichtpaktgebundenen Ländern; Fortsetzung der Zusammenarbeit der nichtpaktgebundenen und neutralen Länder Europas im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas und so weiter. Dies sind auch die Prioritäten der jugoslawischen Außenpolitik, die maximale Anstrengungen unternommen wird in Richtung des Aufhaltens der ungünstigen Entwicklung der internationalen Beziehungen und für den Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.

+ + +

Die Selbstverwaltung in Jugoslawien, mit Rücksicht auf die jahrzehntelange Praxis, ist für viele progressive und demokratische Kräfte auf der Welt anziehend geworden - und sie studieren sie vielseitig und kritisch. Einige Parteien und Bewegungen haben die Selbstverwaltung in ihre politischen Programme aufgenommen. Denn sowohl in der kapitalistischen als auch in der sozialistischen Welt unserer Zeit hört man immer öfter und immer breiter Forderungen nach Mitbestimmung der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Leben.

Wir in Jugoslawien haben nie behauptet, daß unser System der Selbstverwaltung die einzige mögliche Form des Ausbaues sozialistischer Beziehungen sei. Unsere Erfahrung, so wie auch die Erfahrung vieler anderer Bewegungen, kommunistischer, sozialistischer und demokratischer, bei dem Suchen und Finden eigene Wege des Kampfes für den Sozialismus, beweisen, daß sich dieser Kampf auch in der Zukunft in verschiedenen Formen entwickeln wird, daß es keine universale Modelle gibt - und daß keine Erfahrung eine allgemeingültige Bedeutung haben kann.

Die Arbeiterklasse, sozialistische und andere demokratische Kräfte kämpfen für gesellschaftliche Veränderungen in Übereinstimmung mit den nationalen Bedingungen und Bedürfnissen eines jeden Landes, wobei es wichtig ist, daß sie in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit in Übereinstimmung mit den Bedingungen ihres Landes wirken. Gerade dies ermöglicht es heute, daß in aller Welt verschiedene Formen sozialistischer und anderer demokratischer Beziehungen geboren werden und sich entwickeln und daß progressive Umwandlungen der Gesellschaft vorgenommen werden.

Was uns angeht, die jugoslawischen Kommunisten, so haben wir uns, was immer wir taten, von dem Gedanken anleiten lassen, den wir vor einem Vierteljahrhundert im Programm des Bundes der Kommunisten formulierten: "Nichts, was geschaffen ist, darf für uns so heilig sein, daß es nicht überholt werden könnte, um Platz zu machen für etwas, das noch fortschrittlicher, noch freier, noch menschlicher ist!"
Denn der menschliche Fortschritt hat kein Ende.

(-/15.12.1981/ks/ca)

+ + +